Albrecht Cordes

Die Erwartungen mittelalterlicher Kaufleute an Gerichtsverfahren: Hansische Privilegien als Indikator

Die Hansekaufleute ließen sich vom 12.–15. Jh. von den Machthabern der Länder, mit denen sie Handel trieben, machtvolle Privilegien ausstellen. Mit ihnen sicherten sie sich ihre Handels- und Rechtsstellung und die Autonomie ihrer Kontore von Flandern und England über Norwegen und Dänemark bis nach Russland. In diesen Privilegien ist kein anderes Thema so ausführlich geregelt wie das Gerichtsverfahren. Ihre Rechtsstellung vor Gerichten in der Fremde war den hansischen Kaufleuten also so wichtig wie kein zweites. Diese große Aufmerksamkeit für das Prozessrecht macht sich mein Beitrag zunutze und konstruiert aus den 19 wichtigsten hansischen Privilegien ein Anforderungsprofil: Wie mussten Gerichtsverfahren beschaffen sein, damit ein hansischer Kaufmann in der Fremde im Konfliktfall der „öffentlichen Justiz“ im Sinne unseres Themas vertrauen konnte und nicht zu außergerichtlichen Maßnahmen (Abbruch der Handelsbeziehungen, Boykott, Gewalt) greifen musste, um seine Interessen durchzusetzen? Es stellt sich dabei heraus, dass zwei Anliegen im Mittelpunkt standen. Zum einen ging es darum, Verzögerungen beim Aufbruch zur nächsten Handelsreise möglichst zu verhindern. Dazu dienten u. a. das Drängen auf rasche Entscheidungen und der Dispens vom persönlichen Erscheinen vor Gericht. Zum anderen sorgten die Privilegien für ein rationales, einfaches Beweisrecht: Es galt, Zweikämpfe und andere Gottesurteile zu vermeiden. Dazu suchte man dem einhändigen Reinigungseid möglichst viel Raum zu geben, und wenn möglich sorgte man dafür, dass die Gerichte paritätisch, also zur Hälfte mit Vertretern der Hansekaufleute, besetzt waren.

Der Beitrag versucht, die hansischen Privilegien für die Erforschung der Frage „öffentliche oder private Justiz?“ nutzbar zu machen. Dazu werden als Fallstudie eingangs zwei frühe flandrische Privilegien mit besonders reichem prozessrechtlichem Inhalt vorgestellt. Anschließend soll der zunächst nicht auf der Hand liegende Zusammenhang zwischen den Bestimmungen der Privilegien und der übergeordneten Fragestellung hergestellt werden. Der dritte Abschnitt analysiert dann die verfahrensrechtlichen Bestimmungen der 19 Privilegien, die Rolf Sprandel für seine Quellensammlung zur Hansegeschichte für die Freiherr-vom-Stein-Ge-

dächtnisausgabe ausgewählt hat¹, indem er sie in einem systematischen Zusammenhang stellt. Ein kurzer Ausblick schließt den Beitrag ab.

Zwei flandrische Privilegien für die deutschen Kaufleute aus dem Jahre 1252

Seit Beginn des 13. Jh. traten die deutschen Kaufleute, allen voran die Kölner, welche schon im Jahrhundert zuvor in London Fuß gefasst hatten, die Lübecker, die Hamburger und die Dortmunder, auch in Flandern auf. Brügge war dort der wichtigste Anlaufpunkt. Eine Sturmflut im November 1134 hatte der gut 10 km von der Nordsee entfernt liegenden Stadt unverhofft Zugang zum Meer verschafft und ihr den für den wirtschaftlichen Aufschwung unentbehrlichen Hafen geschenkt. Als dieser Zugang im 15. Jh. trotz großer finanzieller und technischer Bemühungen nach und nach wieder versandete, nahm die Bedeutung Brügges ab, und im 16. Jh. wurde das hansische Kontor nach Antwerpen verlegt².

Brügge lag im Zentrum der flandrischen Tuchproduktion und war zugleich wichtiger Absatzmarkt für den Rheinwein, der über Köln gehandelt wurde. Im zweiten Viertel des 13. Jh. stieg die Zahl der deutschen Kaufleute deutlich an, und einen ersten Niederschlag fand die gewachsene Bedeutung der deutschen Kolonie in Brügge in den Privilegien, welche die Gräfin Margarethe II. von Flandern und Hennegau ihnen im Frühjahr 1252 erteilte³. Diese Privilegien standen vermutlich

¹ *Rolf Sprandel* (Hrsg.), *Quellen zur Hanse-Geschichte. Mit Beiträgen von Jürgen Bohmbach und Jochen Götze* (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe XXXVI, Darmstadt 1982) Teil B I (im Folgenden zitiert: *Sprandel*, Quellen); Einführung in die Auswahl 165–168. Übersicht bei *Philippe Dollinger*, *Die Hanse* (Stuttgart 1989) 245–251: „Die Privilegien im Ausland“. Aus rechtshistorischer Sicht *Karl Kroeschell*, *Albrecht Cordes*, *Karin Nehlsen-von Stryk*, *Deutsche Rechtsgeschichte* Bd. 2: Bis 1250 (Köln, Weimar, Wien 2008) 275, wo Kroeschell im Anschluss an *Hermann Krause*, *Dauer und Vergänglichkeit im mittelalterlichen Recht*, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung* (ZRG GA) 75 (1958) 206–251, feststellt, „dass es neben dem ›guten alten Recht‹ der überkommenen Gewohnheiten eine andere Schicht von Recht gab: das Recht der Privilegien und Konstitutionen der Herrscher, das wegen seiner eigenartigen Geltungsschwäche fortwährender Bestätigung bedurfte, also möglichst neu sein musste.“

² *Anke Greve*, *Hansische Kaufleute, Hosteliers und Herbergen im Brügge des 14. und 15. Jh.* (Hansekaufleute in Brügge Teil 6; Kieler Werkstücke Reihe D, Beiträge zur europäischen Geschichte des späten Mittelalters, Bd. 16, Frankfurt 2012); *Ernst Schubert*, *Novgorod, Brügge, Bergen und London: Die Kontore der Hanse*, in: *Concilium medii aevi* 5 (2002) (Internetzeitschrift, url: <http://cma.gbv.de/z/cma/2002> [8.4.2012]) 19. Nach wie vor wertvoll ist *Jozef Hubert Aloysius Beuken*, *De Hanze en Vlaanderen* (Maastricht 1950), darin Kap. 4 zur Organisation der Hanse in Flandern (im Folgenden zitiert: *Beuken*, *De Hanze*.) Einen hilfreichen englischsprachigen Überblick gibt *Peter Stabel*, *Bruges and the German Hanse: Brokering European Commerce*, in: *Luc Francois*, *Ann Katherine Isaacs* (Hrsg.), *The Sea in European History* (Pisa 2001) 35–55.

³ Zu den flandrischen Privilegien zuletzt *Peter Stützel*, *Die Privilegien des Deutschen Kauf-*

im Zusammenhang mit den Plänen, ein eigenes Siedlungszentrum für die „Osterlinge“, wie die deutschen Kaufleute in Flandern genannt wurden, flussabwärts von Brügge, entweder in dem Vorort Damme oder in seiner Nähe, zu gründen⁴. Dazu kam es nicht, vielmehr entstand in Brügge das einzige hansische Kontor, in dem die Kaufleute nicht separat, sondern bunt gemischt mit der einheimischen Bevölkerung gewohnt haben. Doch diverse auf Infrastruktur gerichtete Bestimmungen, vor allem bezüglich eines Gerichts und einer Waage in Damme, deuten darauf hin, dass die Privilegien im Hinblick auf die erwartete Einrichtung eines geschlossenen Kontors, wie die Hanse sie auch an ihren anderen wichtigen Stützpunkten eingerichtet hatte, ausgehandelt und gewährt worden sind. Dies dürfte eine Situation gewesen sein, in der die flandrische Gräfin und ihr Sohn Guido, der eines der beiden Privilegien mit ausstellte, besonders konzessionsbereit waren.

Diese Privilegien besiegelten also ein bedeutendes ökonomisches Bündnis zwischen zwei aufsteigenden Wirtschaftsmächten. Sie wecken zugleich besonderes rechtshistorisches Interesse, weil auf deutscher Seite neben dem Lübecker Ratsherren Hermann Hoyer der Jurist Magister Jordan von Boizenburg agierte, der einige Jahre später, nach dem Rückzug aus den städtischen Ämtern, das berühmte Hamburger Stadtrecht, das *Ordeelbook* von 1270, schuf⁵. Die *Mercatores Romani Imperii* waren also juristisch gut beraten. Das war anscheinend auch in den Augen der Zeitgenossen etwas Besonderes, denn in den anderen Privilegien wurden die Verhandlungsführer meist nicht namentlich erwähnt. Als Privilegienempfänger wurden allgemein die Kaufleute aus dem Reich genannt, doch schon die Herkunft der Verhandlungsführer lässt erkennen, dass die Hanse dabei bereits die erste Geige spielte.

Die beiden Privilegien stehen in einem Spezialitätsverhältnis. Das erste, umfangreichere, stellte Margarethe als Gräfin von Flandern und Hennegau gemeinsam mit ihrem Sohn Guido, Graf von Flandern, am 24. März 1252 aus, das zweite drei Wochen später allein, und zwar nur für die „*universitas*“ (von einer solchen ist im ersten Privileg nicht die Rede) der Kaufleute der Städte Köln, Dortmund, Soest und Münster. Es ist auch nicht auf Flandern allgemein, sondern speziell auf

manns in Brügge im 13. und 14. Jh., in: *Hansische Geschichtsblätter* (HansGbl.) 116 (1998) 23–62. Der Autor bemüht sich mit Erfolg um eine Genealogie der Privilegien und differenziert verdienstvollerweise zwischen den auf flämisch verfassten Privilegien der Städte und den lateinischen der Grafen. Als Gesamtdarstellung immer noch unersetzlich ist *Walther Stein*, Über die ältesten Privilegien der Deutschen Hanse in Flandern und die ältere Handelspolitik Lübecks, in: *HansGbl* 30 (1902) 51–133; im Folgenden zitiert: *Stein*, Privilegien.

⁴ Damme liegt 5 km nordöstlich von Brügge an der Mündung des kleinen Flüsschens Reie, das durch Brügge läuft, in den Swin, den Meeresarm, der seine Existenz der oben erwähnten Sturmflut verdankte. Dort, in Damme, wurden die Waren von den Seeschiffen auf Flusskähne und umgekehrt umgeladen; auf diesen Kähnen wurden sie dann in die Stadt geschafft. Darstellung der Ereignisse und geographischen Verhältnisse bei *James M. Murray*, Bruges, Cradle of Capitalism, 1280–1390 (Cambridge 2005) 30–33; im Folgenden zitiert: *Murray*, Bruges.

⁵ *Christa Bertelsmeier-Kierst*, Art. Jordan von Boizenburg, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte* (HRG) II, 14. Lieferung (Berlin 2011), 1389.

die Kaufleute in Damme bezogen. Das gleiche gilt für ein drittes, bei Sprandel nicht aufgenommenes Privileg vom 23. Mai 1252⁶. Darin erneuert Margarethe ihre frühere Zollermäßigung für die „universitas“ der Kaufleute aus denselben vier Städten und aus Aachen sowie den anderen Kaufleuten aus dem Reich für den Handel nach Damme.

(1.1) In dem ersten, allgemeinen Privileg fungiert das Prozessrecht an prominenter Stelle, nämlich gleich im Anschluss an das Einleitungsprotokoll. Kein Kaufmann in Flandern soll zum gerichtlichen Zweikampf herausgefordert werden, für die flandrischen Kaufleute im Reich soll das gleiche gelten. Das ist eine Regelung, die schon seit dem 11. Jh. in städtischen Privilegien begegnet und auch sonst im Trend der Zeit liegt; wenige Jahrzehnte zuvor hatte das 4. Laterankonzil den Geistlichen die Mitwirkung an Gottesurteilen verboten⁷.

(1.2) Die folgende Bestimmung ist vielleicht die wichtigste und häufigste aller frühen kaufmännischen Privilegienforderungen: „*Nullus possit forefacere bona alterius*“ – kein Kaufmann soll die Güter eines anderen verwirken können. Diese Regelung beseitigt die im frühen Kaufmannsrecht verbreitete Kollektivhaftung der Kaufleute in der Fremde für alle Schulden, die ein anderer Kaufmann aus der gleichen Stadt macht, oder sogar für alle Schuldner aus dem gleichen Land. Dieser Haftungsgrund, der pauschal an der gemeinsamen Herkunft statt am individuellen Verhalten anknüpfte⁸, war zusammen mit dem Strandrecht das am frühesten und intensivsten in den hansischen Privilegien bekämpfte Handelshemmnis. Stattdessen setzen sich die Kaufleute bei jeder Gelegenheit für das Prinzip der ausschließlichen persönlichen Verantwortlichkeit des Handelnden ein, und zwar sowohl im zivilrechtlichen als auch strafrechtlichen Sinn. Letzteres wird hier zuerst ins Auge gefasst, denn anschließend heißt es, der „*malefactor*“ solle für seine Taten büßen und bestraft werden.

Es folgt die zivilrechtliche Regelung, dass kein Kaufmann für die Schulden eines anderen haftbar gemacht werden soll, es sein denn, er wäre der Hauptschuldner oder dessen Bürge. Der Gedankengang setzt sich fort mit der jetzt nötig werdenden Regelung der Frage, wie der einheimische Gläubiger eines auswärtigen Schuldners denn nun, da er sich nicht mehr an dessen Landsleute halten kann, zu seinem Recht kommt. Das Privileg geht davon aus, dass der flandrische Gläubiger

⁶ Konstantin Höhlbaum u.a. (Bearb.), Hansisches Urkundenbuch Bd. I (Halle 1876) Nr. 431, 142f.; dazu Stein, Privilegien (Fn. 3), 56 und Beuken, De Hanze (Fn. 2) 32.

⁷ Karl Kroeschell, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1: Bis 1250 (Köln, Weimar, Wien 132008) 288f. (im Folgenden zitiert: Kroeschell, DRG I); Wolfgang Schildt, Art. Gottesurteil, in: HRG II, 11. Lieferung (Berlin 2010) 481–491.

⁸ Diese Kollektivhaftung war im Hochmittelalter auch über die Welt der Kaufleute hinaus verbreitet. Um nur ein prominentes Beispiel zu nennen: Sie findet sich auch in Art. 13.7 des Mühlhäuser Reichsrechtsbuch (um 1220). Dort haften alle, die Wasser und Weide mit dem Schuldner nutzen und dem gleichen Herrn wie dieser Bodenzins zahlen müssen, die also mit anderen Worten seine Siedlungsgenossen und Mannen des gleichen Lehnsherren sind; Herbert Meyer (Hrsg.), Das Mühlhäuser Reichsrechtsbuch (Weimar 1934), auch bei Kroeschell, DRG I (Fn. 7), 269.

seine säumigen Schuldner in deren Heimat verfolgen muss. Es wird verabredet, dass in diesem Fall das flandrische Gerichtsurteil im Reich anerkannt und durchgesetzt wird – ein Versprechen, das abzugeben sicher außerhalb der Kompetenz der hansischen Verhandlungsführer lag und das zudem kaum ein geeigneter Inhalt für ein Privileg für den Handel der deutschen Kaufleute in Flandern sein konnte. Die Beteiligten gehen aber jedenfalls hier ebenso wie beim Zweikampfverbot noch von einem flandrischen Aktivhandel ins Reich aus. Der wirtschaftliche Aufschwung Brügges erlaubte es den flandrischen Händlern dann aber, sich auf den Passivhandel zu beschränken und die Gäste aus aller Welt bei sich zu Hause zu erwarten. Die praktische Relevanz der Regelung, flandrische Urteile im Reich anzuerkennen und zu vollstrecken, war also sicher gering. Diese Idee war ohne Frage naheliegend, ausgewogen und mit juristischem Sachverstand ausgearbeitet, aber ihrer Zeit voraus.

(1.3) Es folgen Regelungen über Zuständigkeit und Verfahren des Schöffengerichts, dem die Kaufleute erkennbar ihr Vertrauen schenken. Es soll für Streit um neue Statuten oder Befehle („*cora et bannus*“), die den Kaufleuten nachteilig sind, zuständig sein und über strafrechtliche Vorwürfe gegen die Kaufleute entscheiden. Das Privileg greift auch in die Verfahrensregeln des Schöffengerichts ein: Der angeklagte Kaufmann soll nur durch den Wahrspruch („*veritas*“) der Schöffen selbst oder aber durch einen von den Schöffen anerkannten Wahrspruch – vermutlich eines anderen Gerichts – überführt werden können. In diesem Fall soll er nach dem Gesetz der Schöffen und des Landes („*secundum legem scabinorum et terre*“) Buße zahlen.

(1.4) Ob der Angeklagte bzw. Beklagte – Straf- und Zivilrecht werden weiter parallel behandelt – in Fesseln gelegt wird oder dieser Behandlung, die ihn an der Weiterreise hindert und so sein Erscheinen vor Gericht sicher stellt, entgeht, ist der nächste Punkt. Dies ist ebenfalls eine Frage, die in vielen Privilegien eine wichtige Rolle gespielt hat. Offensichtlich gingen der Bestimmung Verhandlungen voraus, denn die Frage ist detailliert, mit Ausnahmen und Gegenausnahmen, geregelt. Der Betroffene entgeht der Freiheitsbeschränkung, wenn er entweder Bürgen oder dingliche Sicherheiten, deren Wert durch das Zeugnis zweier wohlbeleumundeter Nachbarn feststeht, stellen kann. Auch dieser Ausweg ist aber versperrt, wenn es um Hals und Hand, also um schwere Kriminalität, geht. Die Einheimischen fungierten in Brügge als Begleiter, Partner und zugleich auch als Kontrolleure der hansischen Gäste; dass ihr Zeugnis für die Bewertung der Sicherheiten benötigt wird, ist dafür ein Beleg.

(1.5) Die vielleicht typischste Anforderung von Kaufleuten an Gerichtsverfahren ist deren kurze Dauer. Dies ist keine hansische und auch keine mittelalterliche Besonderheit, aber sie kommt hier in eigenartiger Weise zum Ausdruck: Die Kaufmannssachen sollen in drei oder höchstens acht Tagen erledigt werden, außer die Schöffen schwören, dass dies nicht zu schaffen ist. In diesem Fall sollen sie es so schnell wie möglich erledigen. Die Kaufleute brauchen den Termin aber nicht abzuwarten, falls sie einen Bürgen oder anderen Vertreter stellen können. Wieder kommt die Sorge zum Ausdruck, durch Gerichtsverhandlungen wertvolle Zeit für

Handelsreisen zu verlieren. Wieso aber gerade drei oder acht Tage? Das ist unklar, doch jedenfalls muss das Schöffengericht in Anbetracht so kurzer Fristen eine ständige Einrichtung gewesen sein. Weiter fällt auf, dass als Gerichtsorte Damme und Brügge, und zwar in dieser Reihenfolge, genannt werden. Das sprachlich allgemein auf Flandern bezogene Privileg scheint also doch in erster Linie auf Damme und Brügge gemünzt gewesen zu sein.

(1.6) Es folgt eine Regel aus dem Kontext des Strandrechts: Kein Kaufmann soll bei Schiffsbruch das Eigentum an Gütern verlieren, die er noch aus den Fluten retten kann. Das Strandrecht war eine umstrittene und im Mittelalter und auch noch in der frühen Neuzeit eine vielbehandelte Materie von einiger Komplexität⁹. Doch gerade diese Frage scheint den Hansen besonders am Herzen gelegen zu haben, denn eine entsprechende Bestätigung erwarben sie auch in anderen Ländern. Es muss sich also nicht unbedingt um eine gerade in Flandern besonders virulente Frage gehandelt haben. Ein Zusammenhang mit dem hier interessierenden Katalog von prozessrechtlichen Regelungen besteht hier – und zwar nur hier! – nicht. Alle anderen Bestimmungen des Privilegs haben mit den Gerichtsverfahren zu tun.

(1.7) Im folgenden Artikel geht es um die Abreise eines beladenen Schiffs aus den flandrischen Gewässern. Die Kaufleute sollen nicht gewaltsam aufgehalten werden, es sei denn, es läge bereits ein entsprechender Gerichtsbefehl gegen das Schiff vor oder es hätte sich ein neuer Tatbestand ergeben, demzufolge nach Landesbrauch („*terre consuetudinem*“) die Sistierung zulässig wäre. Das mag tautologisch klingen (Das Schiff darf fahren, wenn es ihm nicht zu Recht verboten ist), ist aber wegen des Regel-Ausnahme-Verhältnisses interessant: Die freie Fahrt ist die Regel. Im Übrigen macht der Bezug auf die flandrische *consuetudo* klar, dass die Privilegien sich bei allen Ausnahmen zugunsten der Kaufleute im Rahmen des einheimischen Rechts bewegen und diesem unterworfen sind. Darauf verweist auch die salvatorische Klausel am Ende, die das eigentlich Offensichtliche ausspricht: In allen in der Urkunde nicht erwähnten Dingen ist nach der Gewohnheit und dem Gesetz Flanderns („*consuetudini vel legi terre Flandrie*“) zu verfahren.

(1.8) Es folgt die Regelung des Falls, dass ein Kaufmann wegen einer noch nicht vom Schöffengericht festgestellten Schuld angesprochen wird. Er hat die Auswahl, sich durch einen Reinigungseid zu lösen oder aber nach dem Gesetz des Ortes („*secundum legem loci*“) zu bezahlen und zu büßen. Der einhändige Reinigungseid war spätestens seit dem 11. Jh. das Beweismittel, welches die Kaufleute bevorzugten¹⁰, denn er vermied sowohl die Gefahren der Gottesurteile als auch die Schwierigkeit, in der Fremde Eidhelfer aufbieten zu müssen. Der Reinigungseid wurde im 13. Jh. nach und nach vom Zeugenbeweis abgelöst. Auch in dem

⁹ Albrecht Cordes, Art. Strandrecht, in: LexMA 8 (1996) 212f.; Hans Peter Glöckner, Art. Strandrecht, Strandregal, in: HRG V (Berlin 1998) 19–26.

¹⁰ Albrecht Cordes, Spätmittelalterlicher Gesellschaftshandel im Hanseraum (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N.F. XLV, Köln, Weimar, Wien 1998) 64–70.

Privileg von 1252 kommt er nur noch in Betracht, wenn das Schöffengericht noch nicht gesprochen hat.

(1.9) Als letzte inhaltliche Bestimmung folgt, dass Helfer, die das eigentlich schon abfahrberechtigte Schiff noch einmal verlassen, um bei Unfällen zu helfen, dadurch nicht in den Bereich, in dem sie rechtlich verfolgt werden können, zurückfallen. Diese Regel hat keinen gedanklichen Anschluss an das Voranstehende und wirkt so speziell und ans Ende angehängt, dass sie möglicherweise trotz ihrer abstrakten Formulierung auf die Klärung eines konkreten Streitfalls gemünzt war.

(2.1) Im kürzeren zweiten Privileg, das ausdrücklich nur auf den Handel nach Brügge und Damme bezogen war, geht es zunächst um die Zulassung des Handels zwischen Gästen, einer flandrischen Besonderheit, denn andernorts war oft vorgeschrieben, dass entweder der Käufer oder der Verkäufer ein einheimischer Händler sein musste.

(2.2) Dann folgt eine speziell auf Damme zugeschnittene Variante der schon im ersten Privileg zugesagten Abschaffung der Kollektivhaftung (oben 1.2). Niemand außer dem Täter selbst und seinen Gütern darf in Damme belangt werden; die Entscheidung von Streitigkeiten darüber wird den Grafen vorbehalten.

(2.3) Um Interessenkonflikten vorzubeugen, wird bestimmt, dass Zöllner keine anderen Ämter, weder Richter noch Schöffe oder Vogt, bekleiden können. Man ist versucht, hier einen Interessengegensatz zwischen Kaufleuten und Zöllnern herauszuhören. Ihren „natürlichen“ Feinden beim Zoll wollten die Kaufleute vermutlich nicht anschließend auf der Richterbank wiederbegegnen.

(2.4) Auch der folgende Artikel behandelt Fehler in der Rechtspflege. Schöffen, die an einem ungerechten Urteil mitgewirkt haben oder auch nur davon wussten, müssen ihr Amt ruhen lassen, bis dem Verletzten Genugtuung widerfahren ist.

(2.5) Schließlich überlässt die Gräfin den Kaufleuten noch die Waage und die geeichten Gewichte in Damme und gibt damit eines der wichtigsten herrschaftlichen Rechte zur Kontrolle des Handels aus der Hand.

Deutlich lassen die beiden Privilegien das besondere Interesse der Grafen und der Kaufleute an der Förderung von Damme und seiner Infrastruktur erkennen. Dort besteht ein Gericht, die dortige Waage wird den Hansekaufleuten übergeben, dort gibt es eine Zollstation und einen Vogt. Auch das allgemein auf Flandern gemünzte erste Privileg erscheint bei genauerem Hinsehen zumindest in Teilen speziell auf Damme zugeschnitten. Das alles passt gut zur anscheinend geplanten separaten hansischen Niederlassung vor den Toren von Brügge¹¹. Doch das kann nicht weiter verfolgt werden, denn darum geht es hier nicht.

Von den 14 Artikeln, in die wir die Privilegien eingeteilt haben, behandeln 11 prozessrechtliche Fragen. Von den 5 Artikeln des zweiten Privilegs sind es 3, von den

¹¹ Hier hat es den Anschein, als sei Damme selbst der geplante Ort gewesen. *Murray*, Bruges (Fn. 4) 30–33 (mit einer anschaulichen Skizze der geographischen Verhältnisse) schildert aber auch Pläne, die Hansen in dem noch einmal 5 km näher an Sluis und am Meer gelegenen Ort Hoeke anzusiedeln. Die Frage kann hier offen bleiben.

9 Artikeln des ersten, allgemeineren und deshalb wohl höherrangigen Privilegs sogar 8¹². Damit dürfte das überragende Interesse der Kaufleute an ihrer prozessualen Stellung im Ausland für Flandern in der Mitte des 13. Jh. bewiesen worden sein. Bevor dieser Befund anhand der anderen Privilegien überprüft wird, seien aber erst einige Überlegungen zur Verankerung des Beitrags im Generalthema eingeschoben.

Moderne Debatten um *Alternative Dispute Resolution* und der Quellenwert der hansischen Privilegien für Gerichtsverfahren in kaufmännischen Angelegenheiten

Die Diskussion um „Alternative Dispute Resolution“ (ADR) entstand auf dem Nährboden spezifischer Defizite der US-amerikanischen Zivilrechtspflege, beschäftigt aber inzwischen die ganze Welt. Auch die vom *Centre d'Histoire Judiciaire* in Lille unter der Leitung von Serge Dauchy und Véronique Demars-Sion konzipierte Serie von Konferenzen über öffentliche und private Justiz, deren sechste und letzte dem Handels- und Seerecht gewidmet war¹³, kann man in diesen Zusammenhang stellen. Doch im Unterschied zur ADR-Debatte, die praktische Alternativen zum langwierigen und teuren ordentlichen Zivilprozess diskutiert, ist das hier verfolgte theoretische Erkenntnisinteresse von der Aufgabe entlastet, die dort ganz im Mittelpunkt steht, nämlich der, ein Qualitätsurteil zu fällen. Während die ADR-Debatte zu entscheiden sucht, welcher Weg zur Konfliktlösung praktisch besser geeignet ist¹⁴ und wie Verfahren auszugestalten sind, damit sie faire und gerechte, schnelle und billige Lösungen für Konflikte herbeiführen, hat der hier geführte Diskurs das Privileg, von einer Metaebene aus die Diskussion um die ADR analysieren zu können.

¹² Nichts Prozessrechtliches behandeln nur 1.6 (Strandrecht), 2.1 (Gästehandel) und 2.4 (Waage).

¹³ Eine Übersicht über diese Forschungsinitiative bietet der Abschlussbericht: *Serge Dauchy, Véronique Demars-Sion, Anne Deperchin* u. a., Redaktion *Sarah Castelain*, *La résolution des conflits. Justice publique et justice privée, une frontière mouvante. Rapport de recherche* (Lille 2008). Ebenfalls veröffentlicht wurden die Referate der fünften Konferenz, die sich mit dem Völkerrecht beschäftigt hat: *Serge Dauchy, Miloš Vec* (Hrsg.), *Les conflits entre peuples. De la résolution libre à la résolution imposée* (Baden-Baden 2011).

¹⁴ Einerseits gibt es Kräfte, die das A in der Abkürzung ADR nicht zu „alternative“, sondern zu „appropriate“ auflösen wollen, so dass nur noch die private Konfliktlösung als angemessen gälte. Andererseits erheben sich auch warnende Stimmen, die auf die rechtsstaatlichen Defizite der privaten Lösungswege hinweisen und vor einem Rückfall in ein System, in dem der Stärkere bessere Chancen hat, sein Recht zu bekommen, warnen. Die Diskussion ist häufig von den wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Anwälte und *Law firms* geleitet. Einführung bei *Allan Scott Rau* u. a., *Mediation and Other Non-Binding ADR Processes* (New York ³2006).

Es ist das Fernziel des durch diese Debatte angeregten Autors, eine Untersuchung vorzulegen, in der das mittelalterliche Handelsrecht¹⁵ aus der Sicht der Justiznutzer dargestellt wird. Während die bisherigen Studien zu diesem Thema (ebenso wie überhaupt die meisten rechtshistorischen Untersuchungen) ihren Gegenstand aus einer Vogelflugperspektive betrachten, welche Objektivität zu garantieren scheint, soll dabei ein bewusst subjektiver Standpunkt eingenommen und gefragt werden, welche Gründe für eine Konfliktpartei den Ausschlag geben, wenn sie sich zwischen öffentlicher und privater Justiz entscheidet. Man mag dies einen kulturgeschichtlichen Ansatz¹⁶ nennen. Aus dem Verhalten der Beteiligten im Konfliktfall soll dann eine Geschichte der mittelalterlichen Verfahren in Markt- und Handelssachen konstruiert werden. Anschließend könnte man in einem weiteren Schritt versuchen, anhand der in den Verfahren zu Tage tretenden Problemfelder auch das materielle Kaufmannsrecht darzustellen.

Doch das ist Zukunftsmusik. In diesem Beitrag wird erst eine Vorfrage thematisiert – allerdings eine von richtungsweisender Bedeutung. Denn die Lösung kaufmännischer Konflikte vor Gerichten darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern steht in einen Zusammenhang mit den alternativen Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten. Die weit verbreitete mittelalterlichen Dichotomie „Minne oder Recht“ – im norddeutschen Raum häufiger: „Freundschaft oder Recht“¹⁷ – bringt die beiden Möglichkeiten auf den Punkt: Kontroverse Entscheidung vor Gericht oder aber konsensuale Einigung auf einem anderen Weg als durch ein streitiges Urteil. Diese Alternative ist nicht identisch mit der Frage „Gericht oder nicht?“, denn auch in der primär auf ein streitiges Urteil ausgerichteten Gerichtsverhandlung kann es zu anderen Lösungen kommen, nämlich zu Vergleich, Erledigungserklärung, Klagerücknahme oder bloßer Nichtbetreibung eines Prozesses, der daraufhin im Sande verläuft.

¹⁵ Wieso gerade dieses Thema? Da zum einen die Rechtskreise des mittelalterlichen Kaufmannsrechts relativ wenig vom gelehrten Recht berührt waren (so jedenfalls eine Hypothese, die laufend zu überprüfen sein wird) und zum anderen den Kaufleuten als Berufsgruppe hier im Prinzip ein überdurchschnittliches Maß an ökonomisch-gewinnorientiertem und in diesem Sinn rationalem Verhalten unterstellt wird, dürfte es spannend sein zu sehen, nach welchen Kriterien und Prinzipien sich materielles und Verfahrensrecht in Sphären jenseits des von studierten Fachjuristen dominierten römischen und kanonischen *Ius Commune* entwickelt hat und inwieweit es zu einer kohärenten Systembildung in der Lage war. Holzschnittartig auf den Punkt gebracht: Das mittelalterliche Handelsrecht interessiert also als Paradigma eines Rechts ohne (primäre Beteiligung der) Juristen.

¹⁶ Michael Maurer, Kulturgeschichte. Eine Einführung (Köln 2008); Achim Landwehr, Kulturgeschichte (Stuttgart 2009).

¹⁷ Die frühesten Belege des Deutschen Rechtswörterbuchs ([url: http://drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw/](http://drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw/)) für Freundschaft im Sinn von Güte, außergerichtlichem (Schieds-)Verfahren stammen aus der Mitte des 14. Jh.: „Also dat se der vorgenomden stücke soln mechtigh sin tuschen uns to slytene und to zone in vrentscap oft in rechte“ (1346 OstfriesUB. I 62); „Si verenen sik mit minnen [andere Lesart fründschop] oder ir en ne wise den anderen af vor gerichte mit rechte“ (Sachsenspiegel Landrecht III 15 § 1, Handschrift von 1369); „So scolde ek den rad entledighen van dere rechten ansprake mit vruntscap eder mit rechte“ (1355 Hannoversches Urkundenbuch 334).

Interessiert man sich für die Art und Weise, wie Kaufleute ihre Konflikte austrugen, und will die relative Bedeutung, die Gerichtsverfahren dabei spielten, ermitteln, so ist mit der Frage zu beginnen, wann und warum Kaufleute sich in Anbetracht dieser Alternative für das Gericht entschieden. Es spielte dabei, so unsere Vermutung, sicher eine wichtige Rolle, ob das von dem Gericht praktizierte Verfahren den Bedürfnissen und Erwartungen der rechtssuchenden Kaufleute entsprach. Die Frage, die der Beitrag sich stellt, lautet demnach: Welche Prozessregeln, welche Eigenschaften machten gerichtliche Verfahren für Kaufleute attraktiv für die Durchsetzung ihrer Interessen?

Eine Antwort darauf wird in den hansischen Privilegien des 12.–15. Jh. gesucht. Denn in oligarchisch organisierten Kaufmannsrepubliken wie dem mittelalterlichen Lübeck, in denen die Kaufleute fast alle Aspekte der Stadtherrschaft – und insbesondere Legislative und Judikative – in den Händen hatten, konnten sie direkt in ihrem Sinne auf die Gerichtsverfassung einwirken, ohne dass sie ihre Motive oder Ziele schriftlich hätten offen legen müssen. Hier kann man sie also nur an ihren Taten – sprich: ihren Statuten und ihren Gerichtsurteilen – messen.

In der Fremde hingegen waren die Kaufleute darauf angewiesen, auf anderen Wegen für eine ihnen günstige Ausgestaltung der Gerichtsverfahrens zu sorgen. Das Interesse der Herrscher über die fremden Häfen an Handel, Kredit und ausländischen Waren gab den auswärtigen Kaufleuten die Chance, ihre Vorstellungen mit der Hilfe von Privilegien durchzusetzen. Ihrer äußeren Form nach hoheitliche Gewährungen, waren sie doch ihrem materiellen Gehalt nach Verträgen viel ähnlicher als einseitigen Gunstbeweisen. Während sonst nur selten Vorstellungen der Kaufleute dazu, welche Verfahrensregeln ihren Interessen am besten entsprechen, überliefert sind, bieten die Privilegien genau diese Information. Die hansischen Kaufleute und Städte erwarben sie in harten Verhandlungen und unter Einsatz erheblicher materieller und ideeller Ressourcen von den Herrschern ihrer Handelsziele zwischen Frankreich und Russland und verteidigten sie noch im 16. Jh. mit Zähnen und Klauen, als die Zeit über diese Form von Handelspolitik eigentlich schon hinweggegangen war. Doch um die Frage, ob dieses eiserne Festhalten der Hanse an ihrer Privilegienkartell-Politik zu ihrem Untergang beigetragen oder aber umgekehrt den Niedergang eines in der herandämmernden territorialstaatlichen Epoche zunehmend aus der Zeit fallenden Gebildes noch relativ lang herausgezögert und dem hansischen Bündnis noch eine gewissen Bedeutung bis zum Beginn des 17. Jh. gesichert hat, geht es hier nicht. Denn jedenfalls für den Aufstieg und die Blütezeit der Hanse, also für das 12.–14. Jh., steht die überragende Bedeutung der hansischen Privilegien außer Frage.

In ihnen, das ist die erste wichtige Feststellung, ist häufig die Rede von der Gerichtsbarkeit und ihrer Ausgestaltung, freilich – das liegt in der Natur der Sache – nur in der Fremde, und zwar vor allem in England, Skandinavien und Flandern, während in Russland das Bestreben dahin ging, sich möglichst ganz der einheimischen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Es ist leicht vorhersehbar, dass die Besonderheiten der gefährdeten Situation des Prozessierens in der Fremde eine wichtige Rolle spielen. Dass die gleichen Vorstellungen und Prinzipien auch in den Konto-

ren und in den Hansestädten selbst, wo man die Spielregeln ohne Verhandlungen mit Privilegiengebern und weitgehend autonom bestimmen konnte, die Gerichtsverfahren bestimmten, darf man vermuten; aus den Privilegien ergibt es sich jedoch nicht¹⁸. Die Wahl dieser Quellengruppe hat deshalb eine Einschränkung der Fragestellung zur Folge. Sie lautet nun noch: Wie mussten ausweislich der hansischen Privilegien gerichtliche Verfahren in der Fremde beschaffen sein, um Kaufleuten einen attraktiven Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen zu bieten?

Unter Benutzung des Ansatzes aus Lille wird dabei von der Unterscheidung „*Justice publique, justice privée*“ – „Öffentliche oder private Justiz“ – ausgegangen. Dabei sind mit „öffentlicher Justiz“ einerseits die ordentliche und andererseits die spezielle Handels- bzw. Markt- oder Messegerichtsbarkeit gemeint, während unter „privater Justiz“ alle anderen Wege zur Konfliktbeilegung subsumiert werden. Die negative Konnotation von Privatjustiz im Sinne von Faustrecht ist damit nicht in erster Linie gemeint. Vielmehr geht es um einen ganzen Köcher von Pfeilen, die man im Konfliktfall zur Durchsetzung der eigenen Interessen einsetzen konnte¹⁹. In einem nach dem Grad der Institutionalisierung und regelhaften Ausformung aufgefächerten Spektrum lassen sich jenseits der ordentlichen oder aber speziellen Handelsgerichtsbarkeit, Schiedsgerichtsbarkeit, Mediation durch Dritte (insbesondere durch kirchliche oder andere Autoritäten), dann direkte Verhandlungen mit dem Gegner, weiterhin alle einseitigen Maßnahmen wie den Abbruch von Geschäftsbeziehungen, Boykott und Handelsembargo und am Ende der Skala auch die Gewalt auflisten. Dieses Arsenal von Möglichkeiten hatten beide Seiten bei den Verhandlungen um die Privilegien vor Augen. Vor dieser Folie müssen deshalb auch die in die Artikel der Privilegien gegossenen Verhandlungsergebnisse gewürdigt werden.

Es wird hier also versucht, aus den englischen, flandrischen, norwegischen, dänischen, russischen und schließlich auch französischen Privilegien die Interessen der hansischen Kaufleute in Bezug auf ihre Rechtsstellung vor Gerichten in der Fremde zu rekonstruieren. Die Ergebnisse werden nicht zeitlich oder räumlich, sondern in der Reihenfolge des Prozessablaufs geordnet. Das dient aber lediglich als Orientierungshilfe; es geht nicht um die Konstruktion eines idealen Handelsprozesses, der so nirgendwo jemals interessiert hat. Gegenüber der immer wieder einmal postulierten angeblichen mittelalterlichen *Lex Mercatoria* im Sinne einer einheitlichen Rechtsordnung ist nämlich auf prozessrechtlichem Gebiet eher noch mehr Skepsis angebracht als auf materiellrechtlichem. Denn es ist vielfältig belegt, dass die Gerichtsherren just die Ausgestaltung des Gerichtsverfahrens als ihre

¹⁸ Erst recht ist der Umkehrschluss auf die Behandlung Fremder vor hansischen Gerichten verfehlt. Reziprozität, also die Gewährung von Rechtspositionen für Ausländer in den Hansestädten im Gegenzug für entsprechend günstige Behandlung der Hansen in der Fremde, war ein Konzept, welches die hansischen Machthaber zum Ärger vor allem der englischen Konkurrenz beharrlich und lange Zeit mit Erfolg ablehnten.

¹⁹ *Benoît Garnot*, *Justice, infrajustice, parajustice et extra justice dans la France d'Ancien Régime*, in: *Crime, Histoire & Sociétés* 4, 1 (2000) 103–120 (url: <http://chs.revues.org/index855.html> [20. 8. 2012]).

zentrale Prärogative ansahen²⁰. Wohl aber gab es eine große Kontinuität bei den Erwartungen an das Handelsprozessrecht der auswärtigen Gerichte. Wenn die Bereitschaft der Herrscher, auf die hansischen Forderungen einzugehen, von Land zu Land unterschiedlich war, so ähnelten sich doch diese Forderungen durchaus. Die Ergebnisse waren also verschieden, die Forderungskataloge, mit denen die hansischen Gesandten in die Verhandlungen hineingegangen waren, dürften sich hingegen geähnelt haben.

Die Erwartungen der Hansekaufleute an Gerichtsverfahren ausweislich der Handelsprivilegien

Die im Folgenden ausgewerteten Quellen seien kurz vorgestellt. Es handelt sich um die 19 Privilegien, die Rolf Sprandel für seine Edition von „Quellen zur Hanse-Geschichte“ der Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe ausgesucht hat. Seine Auswahl ist überzeugend; sie umspannt die wichtigsten und berühmtesten Privilegien vom 12. bis zum 14. Jh., von jenem König Heinrichs II. von England für die Kölner Kaufleute aus der hansischen Frühzeit²¹ bis zum Privileg des dänischen Reichsrats im Rahmen des Stralsunder Friedens von 1370²², der die Hanse auf dem Höhepunkt ihrer Macht sah. Es folgt dann noch, zeitlich und räumlich etwas abgerückt, ein Privileg König Ludwigs XI. von Frankreich aus dem Jahre 1483²³.

Inhaltlich am ergiebigsten sind die flandrischen und englischen Privilegien aus den Jahrzehnten von 1250 bis 1310. Die ersteren²⁴ wurden oben ausgewertet. Der andere Text, der besonders herausragt, ist das Privileg König Edwards I. von England aus dem Jahre 1302, das unter dem Namen „*Carta Mercatorum*“ bekannt ge-

²⁰ Besonders eindrucksvoll tat dies bereits Wilhelm der Eroberer in seinem Statut „*De emporiis*“ (in: Benjamin Thorpe (Hrsg.), *Ancient Laws and Institutes of England* [London 1840] 212): „*XI. Item nullum mercatum vel forum sit, nec fieri permittatur, nisi in civitatibus regni nostri, et in burgis [clausis] et muro vallatis, et in castellis, et in locis tutissimis, ubi consuetudines regni nostri, et jus nostrum commune, et dignitates corone nostre, que constitue sunt a bonis predecessores nostris deperire non possint, nec defraudari, nec violari, sed omnia rite, et in aperto, et per iudicium et justiciam fieri debent. Et ideo castella, et burgi, et civitates site sunt, et fundate, et edificate, scilicet, ad tuitionem gentium et populorum regni, et ad defensionem regni, et idcirco observari debent cum omni libertate, et integritate, et ratione*“.

²¹ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 1, 170. Sprandels Nummerierung (Nr. 1–19) wird im Folgenden zur schnelleren Verweisung übernommen.

²² Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 18, 228. Aus dem Vorjahr stammt das dänische Privileg Nr. B I 17, S. 226.

²³ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 19, 234.

²⁴ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 6 u. 7, 182 u. 186. Ebenfalls Flandern betreffen die beiden von der Stadt Brügge anlässlich der Beendigung eines Handelsboykotts ausgestellten Privilegien von 1309, ebd. Nr. B I 15 u. 16, S. 220 u. 225.

worden ist²⁵ und an einige speziellere Privilegien aus dem 13. Jh.²⁶ anknüpft. 1302 stattete die Krone nicht nur die Hanse, sondern alle ausländischen Händler gleichermaßen, also insbesondere auch die wichtige Londoner Handelskolonie der Italiener, mit einer günstigen Rechtsstellung aus. Auf diese Weise schuf die Krone am Beginn des 14. Jh. ein einheitliches Fremdenrecht für alle ausländischen Kaufleute und erhöhte bei der Gelegenheit die Zölle. Es waren also auch fiskalische Motive, die zum Erlass der *Carta Mercatorum* führten.

Aus der Zeit zwischen 1203 und 1209 stammt der aus Lübecker Perspektive formulierte Bericht über die dänischen Privilegien für die Schonenmesse in Skanör und Falsterbo²⁷. Sie hielten darin ihre günstige Rechtsstellung im wegen des Heringsfangs überragend wichtigen Schonen fest. Das Artlenburger Privileg Heinrichs des Löwen von 1161 ist aufgenommen²⁸, obwohl es mehr den gutnischen Handel nach Deutschland als den deutschen Aktivhandel betroffen haben dürfte. Die Fürsten von Nowgorod privilegierten die Hansekaufleute in zwei inhaltlich eng verwandten Privilegien von 1199 (auf lateinisch) und 1269 (auf niederdeutsch)²⁹. Nur einige Jahre jünger sind die Privilegien der norwegischen Könige für die deutsche Brücke in Bergen³⁰. Bis 1302 sind die Privilegien auf Latein verfasst. Im 14. Jh. überwiegt dann das Niederdeutsche; es scheint sich als *lingua franca* durchgesetzt zu haben. Das späte französische Privileg ist wieder auf Latein.

Dies sind die Quellen, denen nun die hansischen Erwartungen und Forderungen an Gerichtsverfahren, geordnet in der Reihenfolge des Prozessablaufs, entnommen werden sollen. Dabei werden die Privilegien zur Einfachheit anhand der Nummern in Sprandels Edition zitiert.

Eröffnung des Rechtswegs; Rechtsschutz für Fremde

Zunächst und vor allem wird den Kaufleuten überhaupt Rechtsschutz zugesagt (Nr. 1 u. 2). Das in den ältesten Privilegien häufige Versprechen des „*fare justitiam*“ dürfte nicht nur ein pauschales Gerechtigkeitsversprechen sein, sondern die konkrete Einladung beinhalten, den Rechtsweg zu beschreiten, wenn den Kaufleuten Unrecht geschah. Das ergibt sich schon aus dem Adressaten der englischen Urkunde, die sich nämlich nicht an die Kaufleute direkt, sondern an die mit der Rechtspflege des Königreichs betrauten Amtsträger wendet. In Norwegen (Nr. 12) werden die Richter nicht nur angewiesen, den Lübeckern reibungslos Recht zu verschaffen, sondern sogar, ihre Angelegenheiten mit liebevollem Vorrang („*quadam amoris prerogativa*“) zu behandeln.

²⁵ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 14, S. 208.

²⁶ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 5, 8 u. 9, S. 180, 188 u. 190.

²⁷ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 4, S. 178. Auch das spätere Privileg von 1268 bezieht sich vor allem auf Skanör und Falsterbo, ebd. Nr. B I 10, S. 192.

²⁸ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 2, S. 172.

²⁹ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 3 u. 11, S. 175 u. 193.

³⁰ Sprandel, Quellen (Fn. 1) Nr. B I 12 u. 13, S. 196 u. 202.

Gerichtsstätten sind in Brügge nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in dem einige Kilometer flussabwärts gelegenen Hafen Damme belegt. Gerichte in unmittelbarer Nähe des kommerziellen Geschehens sind von Märkten und Messen bekannt; für die Fernhändler entspricht dem ein Gericht in der Nähe des Hafens. Die berühmteste bildliche Darstellung eines solchen Gerichts am Hafen entstammt der illustrierten Handschrift des Hamburger Stadtrechts von 1497³¹. Auf diesem Bild zu Beginn des letzten Abschnitts („*Van schiprechte*“) sieht man durch einen offenen Torbogen drei Richter an einem Tisch mit grünem Tuch sitzen. Vor dem Eingang tummelt sich eine Menschenmenge; es wirkt, als würden sie Schlange stehen, um ihr Recht zu bekommen. Der Ladekran links unten stellt wie das Gericht eine Strukturmaßnahme der Stadt zur Förderung des Handels und, mit den Worten der Neuen Institutionenökonomik gesagt, zur Senkung der Transaktionskosten dar. Das Gericht am Markt oder am Hafen gehörte in den hansischen Heimatstädten zur Grundausrüstung, und diesen Zustand erwarteten die Kaufleute auch in der Fremde. Die Abbildung ist so oft und in so unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet worden, dass sie zum Symbol für mittelalterliche hansische Seefahrt schlechthin wurde.

Vorläufiger Rechtsschutz, Sicherheiten

Das Thema „vorläufiger Rechtsschutz“, in den modernen Prozessordnungen eher ein Nebenschauplatz, ist für vormoderne Gerichtsordnungen von überragender Bedeutung. In einem Umfeld, in dem es unklar war, wann das Gericht seinen nächsten Arbeitsschritt unternehmen konnte – sei es, weil die Parteien die Herrschaft über das Verfahren hatten, sei es, weil unwillige Parteien sich dem Zugriff des Gerichts leichter als heute entziehen konnten – und noch viel unsicherer, ob es jemals zu einem Endurteil kommen würde, in einem solchen Umfeld wird das Ergebnis des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens oft genug zum faktischen Endergebnis des ganzen Rechtsstreits. Im grenzüberschreitenden Handel im Mittelalter war dieses Problem erst recht von Bedeutung, da die Waren oft genug noch von dem Kaufmann begleitet wurden. War es der fremde Händler, der sein Recht wegen nicht bezahlter Schuld oder erlittenem Unrecht suchte, so konnte er mit sich selbst ausmachen, ob er sein Recht vor Ort verfolgen oder aber die Sache zunächst auf sich beruhen und seine Handelsreise fortsetzen wollte. Im umgekehrten Fall, wenn der Fremde in der Verteidigungsposition war, liegt der Interessengegensatz auf der Hand: hier der um die Durchsetzbarkeit seiner Ansprüche kämpfende

³¹ Die Bilderhandschrift des Hamburgischen Stadtrechts von 1497 im Hamburgischen Staatsarchiv, hrsg. von der Gesellschaft der Bücherfreunde zu Hamburg (Hamburg 1917); *Heinrich Reincke*, Die Bilderhandschrift des Hamburgischen Stadtrechts von 1497 (Hamburg 1968); *Beate Binder*, Illustriertes Recht. Die Miniaturen des Hamburger Stadtrechts von 1497 (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte 32, Hamburg 1988); zuletzt *Frank Eichler* (Hrsg.), Die Langenbeck'sche Glosse zum Hamburger Stadtrecht von 1497 (Hamburg 2008). Die Eingabe „Hamburger Stadtrecht 1497“ bei www.google.de führt sofort zu Dutzenden von Verwendungen des beschriebenen Bildes.

Kläger, dort der am zügigen Aufbruch zur nächsten Handelsfahrt interessierte Beklagte.

Ob der Kaufmann in Fesseln gelegt oder gar eingekerkert und so an der Weiterfahrt gehindert werden durfte, war daher ein wichtiger, detailliert geregelter Komplex in den Privilegien. In Flandern (Nr. 6, oben 1.4) konnte der Beklagte (bzw. Angeklagte) dies vermeiden, wenn er Bürgen oder dingliche Sicherheiten stellte, solange es nicht um schwere Kriminalität ging. Die Bestimmung in Norwegen 25 Jahre später (Nr. 12) ist so ähnlich, dass die Vermutung, dass das Brügger Verhandlungsergebnis bei den Verhandlungen im Norden Pate stand, auf der Hand liegt. Eine detaillierte Regelung, wann und wie ein angeklagter Kaufmann gefesselt werden darf, findet sich auch schon in dem frühen dänischen Privileg (Nr. 4). In den beiden Nowgoroder Texten (Nr. 3 u. 11) heißt es zudem, dass kein Deutscher bei den Russen und umgekehrt kein Russe bei den Deutschen eingesperrt werden soll. Im dortigen Hansekontor, dem Peterhof, gab es also ein Gefängnis oder jedenfalls eine Arrestzelle.

Wie in Flandern (Nr. 6, oben 1.7) wurde auch in Norwegen (Nr. 12) die Frage der Beschlagnahme eines abfahrbereiten Schiffs durch Gläubiger des Schiffers bzw. des Kaufmanns thematisiert. Der norwegische Fachausdruck dafür, „*taksetning*“, ist in den lateinischen Text eingeflochten. Die Regelung ist differenzierter als zuvor in Flandern, aber nicht ganz leicht verständlich. Der Gläubiger konnte hier anscheinend (die Bezüge sind nicht eindeutig) als Sicherheit auf dasjenige Schiff der Landsleute des Schuldners zugreifen, das am wenigsten weit zum Auslaufen vorbereitet war. Die Sicherheitsnahme wurde also auf dasjenige Objekt, das den Hansen im Moment am wenigsten schadete, begrenzt. Andererseits war hier anscheinend noch das alte, sonst stets bekämpfte Prinzip der Kollektivhaft in Kraft.

Der Detailreichtum der Privilegien in diesem Punkt lässt erkennen, wie wichtig einerseits die vorläufige Regelung der Streitsache im Koordinatensystem der Kaufleute war, wie sorgfältig andererseits die Privilegienggeber abwogen, unter welchen Bedingungen sie die Fremden aus ihrem Machtbereich entließen. Die Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes einerseits und die Länge und Effizienz des Hauptsacheverfahrens andererseits waren vermutlich reziprok proportional zueinander.

Zuständigkeit; spezielle Handelsgerichtsbarkeit; autonome interne Gerichte

Bereits im ältesten Handelsprivileg aus dem Hanseraum, dem der englischen Krone für die Kölner Kaufleute aus dem Jahre 1157 (Nr. 1), auf das sich später dann auch die hansischen Kaufleute aus anderen Städten beriefen, sagte der König zu, die Gäste, ihre Freunde und ihre Güter wie seine eigenen Leute zu behandeln, und versprach ihnen im Fall von Zuwiderhandlungen volle Genugtuung: „*Plenariam iusticiam faciatis*“. In einem vier Jahre jüngeren Privileg (Nr. 2) wurde das konkretisiert: Wird ein Kaufmann auf der Reise zu seinem Handelsziel oder auf dem Rückweg „*in die non legitimo*“, also an einem dafür nicht zuständigen Gerichtstag, zum Tode verurteilt und hingerichtet, so ist eine Strafe an seine Erben

und Verwandte zu zahlen. Die Gleichstellung der Gäste mit den Engländern war hier also noch primär im strafrechtlichen Sinn gemeint.

Dieses Modell, die Zuständigkeit der allgemeinen Gerichte auch für Angelegenheiten der hansischen Kaufleute, wurde u. a. auch in Flandern angewandt, wo die Kaufleute in mehreren Zusammenhängen dafür Sorge trugen, dass das Schöffengericht für sie zuständig war (Nr. 6). In England (Nr. 14, Art. 5) und Frankreich (Nr. 19, Art. 9) hingegen wurden handelsrechtliche Spezialgerichtsbarkeiten eingerichtet und die Kaufleute aus der Zuständigkeit der gemeinen Gerichtsbarkeit herausgenommen. Die französische Krone beauftragt eine Reihe von Amtsträgern, die ohnehin schon mit der Seefahrt zu tun haben, nämlich den Admiral und den Vizeadmiral von Frankreich und die Bailiffs, Seneschalle und Gouverneure der wichtigsten Häfen, mit der Einrichtung dieser Gerichtsbarkeit und bestimmt diese Personen zugleich zu ständigen Konservatoren für die Handelsgerichte. In England werden ganz ähnlich die Bailiffs und Amtsträger (*ministri*) zur Durchführung der entsprechenden Gerichtsverhandlungen angewiesen.

Solche speziellen Marktgerichte hat auch – der kurze Exkurs sei gestattet – der Sachsenspiegel (1220–1235) im Blick. Eike von Repgow zeichnete ein klares Bild von der Abgrenzung der Zuständigkeit des Marktgerichts von der ordentlichen Gerichtsbarkeit³². Er formulierte sie aber seinem landrechtlichen Standpunkt gemäß nicht aus der Sicht des Kaufmanns, sondern aus einer Außenperspektive: Der vor das Marktgericht zitierte Beklagte darf dem Richter die kalte Schulter zeigen, wenn er in dessen Gerichtssprengel nicht wohnhaft ist, dort kein Gut besitzt, wenn er weiterhin kein Verbrechen begangen und auch kein Pfand für Schuld gegeben hat. Dass die Marktgerichte mit auswärtigen Gerichten im gleichen Atemzug genannt werden, zeigt, dass handelsrechtliche Sondergerichte von der nicht-kaufmännischen Bevölkerung eher als bedrohlich, jedenfalls aber als Fremdkörper empfunden werden.

Von solchen kaufmännischen Spezialgerichten zu unterscheiden sind die ebenfalls geforderten und gewährten Gerichtsforen für innere Angelegenheiten der auswärtigen Kaufleute. In Dänemark (Nr. 4 u. 10) kommt das zum Ausdruck in der Gewährung der freien Vogtwahl. Die Grenze lag wiederum bei den Kapitalverbrechen; die Blutgerichtsbarkeit behält sich der König – man möchte sagen: selbstverständlich – vor. In England wird nach den Kölnern erst den Hamburgern (Nr. 8) und danach auch den Lübeckern (Nr. 9) die Einrichtung ihrer Hanse erlaubt. In den damit gewährten genossenschaftlichen Strukturen dürfte die eigene Gerichtsbarkeit enthalten gewesen sein.

Die letztere Quelle bietet zudem eine sonst nicht begegnende Besonderheit. Jene Bürger, durch welche die Stadt Lübeck verwaltet wird – gemeint sein können nur die Lübecker Ratsherren – sollen ganz von der englischen Gerichtsbarkeit

³² Sachsenspiegel Landrecht III 25 § 2; eindrucksvoll illustriert in der Wolfenbüttler Bilderhandschrift, wo der Beklagte sich von dem auf ihn weisenden Richter abwendet, ihm also die Schulter zeigt und auf diese Weise die fehlende Zuständigkeit des Gerichts zum Ausdruck bringt; *Eike von Repgow*, Sachsenspiegel (Graz 2006) fol. 45^v.

ausgenommen sein. Man denkt an die Konsulargerichtbarkeit für Ausländer in späteren Jahrhunderten oder vielleicht sogar an diplomatische Immunität, doch die Frage bleibt offen.

Anzuwendendes Recht

Die Privilegien behandeln auch die Frage, welche materielle Rechtsordnung vor den Gerichten Anwendung finden sollte. Am aussagekräftigsten sind dazu wiederum die Quellen aus England und Flandern.

Schon 1157 heißt es in England (Nr. 1) über die Kaufleute, dass sie festen Frieden haben sollen, ihre rechten Gewohnheiten zu machen: „*firmitatem pacem habeant faciendo rectas consuetudines suas*“. Weiter werden die Richter angewiesen, von den Kaufleuten keine neuen Gewohnheiten oder Abgaben („*novas consuetudines vel rectitudines*“) zu verlangen, eine Paarformel, die Rechte und Abgaben in einen engen Zusammenhang setzt. Dies ist eine von nur zwei Stellen in den Privilegien, in denen die Regeln der Kaufleute und das Recht, in dem fremden Land nach ihnen zu leben, anerkannt werden. Der andere Beleg ist das dänische Privileg im Zusammenhang mit dem Frieden von Stralsund (1370). Dort nutzen die Hansekaufleute die Schwäche des besiegten Gegners aus und lassen sich zusichern, dass sie überhaupt nicht dem dänischen Recht unterworfen sind, sondern nur vor dem deutschen Vogt und nach dem Recht ihrer Heimatstadt („*vor syme Dudeschen voghede na siner stad rechte*“, Nr. 18, Art. 5 u. 6) verklagt werden dürfen.

Doch dies, die Regel aus dem ältesten Privileg und die Ausnutzung der Sonder-situation 1370, sind die einzigen Beispiele für die Anerkennung ausländischen Rechts vor den Gerichten der hansischen Gastgeber. In allen anderen Fällen ist das Recht, und zwar einschließlich der Sonderregeln der Kaufleute und Marktorte, Teil des englischen, flandrischen, norwegischen Rechts. Es gibt also keine Indizien für ein wie auch immer geartetes überpartikulares oder gar internationales Kaufmannsrecht, also auch nicht für die oft postulierte, aber nirgends auffindbare mittelalterliche *Lex Mercatoria*³³.

Das gilt insbesondere auch für den einzigen Textbeleg für „*Lex Mercatoria*“ aus den Privilegien. 1303 bestimmt König Edward in der *Carta Mercatorum* (Nr. 14), dass Streit über Verträge mit Kaufleuten „*secundum usus et consuetudines feriarum et villarum, ubi dictum contractum fieri contigerit*“, also nach Gebräuchen und Gewohnheiten der Marktorte, an denen der Vertrag zustande kam, entschieden werden sollte (Art. 3), und dass die Bailiffs dieser Marktorte solche Streitigkeiten schnell entscheiden müssen: „*iusticiam faciant de die in diem*“³⁴ *sine dila-*

³³ Karl Otto Scherner, *Lex mercatoria – Realität, Geschichtsbild oder Vision?*; Albrecht Cordes, *Auf der Suche nach der Rechtswirklichkeit der mittelalterlichen Lex mercatoria*; beide in: ZRG GA 118 (2001) 148–167 und 168–184.

³⁴ Es wäre denkbar, dass mit „*de die in diem*“ wie in der Formel „Jahr und Tag“ die Frist bis zum nächsten gebotenen Gerichtstag gemeint ist. Doch in einem vom saisonalen Handel abhängigen Hafen- und Marktort ergibt das keinen rechten Sinn. Wahrscheinlicher ist es des-

tion“, und zwar „*secundum legem mercatoriam*“ (Art. 5). Zudem wird ein in London ansässiger zuverlässiger Mann als „*Iustitarius*“ installiert. Vor ihm können die Kaufleute ebenfalls verhandeln und ihre Schulden schnell wieder eintreiben, falls die Marktgerichte es nicht schaffen, die extrem kurze Frist einzuhalten (Art. 8). Anschließend wird noch einmal unabhängig von der Tätigkeit dieses *Iustitarius*, den man vielleicht als nationalen Sonderrichter für ausländische Kaufleute verstehen kann, versprochen, dass Streitigkeiten zwischen Kaufleuten („*inter mercatores et mercatores*“) „*secundum legem mercatoriam*“ entschieden werden sollen. Dass an diesem für den Handel neuralgischen Punkt also nach *Lex Mercatoria* Recht gesprochen werden soll, dürfte in diesem Zusammenhang prozessrechtlich gemeint sein; der Zusammenhang mit der extrem kurzen Frist legt das nahe.

Es ergibt sich zudem aus der nur wenige Jahre älteren Ersterwähnung der *Lex Mercatoria* in dem gleichnamigen Traktat im „*Little Red Book*“ von Bristol (um 1280)³⁵. Auch dort steht sie in einem prozessrechtlichen Zusammenhang. Vor allem wird dort sehr deutlich ihre Unterordnung unter das *Common Law* statuiert: „*Lex communis, que est mater legis mercatorie et que suam filiam ex certis privilegiis et in certis locis dotavit.*“: Das *Common Law* ist die Mutter der *Lex Mercatoria* und hat seine Tochter mit bestimmten Privilegien an bestimmten Orten ausgezeichnet. Die Orte sind die besagten Handels- und Messeorte, und die Vorrechte sind die in dem Traktat genauer erläuterten Befreiungen von dem starren Klagformel- (*writ*-)System des *Common Law* und von manchen anderen von dessen Umständenlichkeiten.

Die flandrischen Privilegien von 1252 (Nr. 6 und 7) sind wiederum besonders reich. Die Gräfin bestimmt, als sie die Kollektivhaft abschafft, dass der persönlich Verantwortliche „*secundum scabinagium et legem terre*“ – nach dem Schöffenspruch und dem Recht des Landes [Flandern] – büßen und bestraft werden soll; das gleiche ist gemeint, wenn es etwas später leicht umformuliert heißt: „*secundum legem scabinorum et terre*“ (oben 1.3). Es gibt aber auch noch andere Ausdrücke, die auch andere Inhalte transportieren könnten. Allgemein soll nach „*consuetudini vel legi terre Flandrie*“, also flandrischer Gewohnheit und flandrischem Landrecht zu verfahren, wenn nicht im Privileg geregelte Punkte strittig werden (oben 1.7). Nach der Gewohnheit des Landes („*secundum terre consuetudinem*“) soll ein auslaufbereites Schiff doch noch aufgehalten werden können, wenn sich neue Sachverhalte ergeben haben, (oben 1.7) und „*secundum legem loci*“ muss zahlen und büßen, wer wegen einer noch nicht durch Schöffenspruch festgestellten Schuld in Anspruch genommen wird und nicht den Reinigungseid leistet

halb, dass das Handelsgericht ständig tagt und hier tatsächlich ein Urteil von einem Tag auf den nächsten versprochen wird.

³⁵ Edition und Kommentar durch *Mary Elizabeth Basile* u. a. (Hrsg.), *Lex mercatoria and Legal Pluralism. A Late Thirteenth-Century Treatise and its afterlife* (Cambridge, Mass. 1998); vgl. *Paul R. Teetor*, *England's Earliest Treatise on the Law Merchant. The Essay on Lex Mercatoria from The Little Red Book of Bristol (circa 1280 AD)*, in: *The American Journal of Legal History* 6, 2 (1962), 178–210.

(oben 1.8). Verfolgt ein flandrischer Gläubiger seinen Schuldner in dessen Heimat, so muss er „*secundum legem et consuetudinem dictorum locorum*“ – nach Gesetz und Gewohnheit besagter [Heimat-]Orte – gegen sie vorgehen. In Norwegen heißt es 1294 (Nr. 13) parallel zu den ersten beiden Stellen im flandrischen Privileg, dass „*secundum leges patrie vel loci consuetudinem, in quo delictum conprobatur esse commissum*“ gestraft werden soll. Es gab also in Norwegen ebenso wie in Flandern die Vorstellung von einem landesweit gezogenen Rechtskreis und darin geltenden örtlichen Besonderheiten, wobei nicht erkennbar ist, ob *lex* und *consuetudo* synonym verwandt werden oder aber unterschiedliche Rechtsmassen bezeichnen.

Es stellt also in keinem der drei Länder, aus denen es Belege dafür gibt, weder in England noch in Flandern noch in Norwegen, ein Problem dar, sich kaufmännisches Recht als Sonderrecht für einen bestimmten Ort oder eine bestimmte Personengruppe vorzustellen. Doch von den beiden eingangs genannten Ausnahmen abgesehen handelt es sich dabei immer um einen Teil des Landes- bzw., wenn man den Ausdruck schon verwenden will, des nationalen Rechts.

Beweisrecht: Zeugen und Eidhelfer

Die belgische *Société Jean Bodin*, die seit den 1950er Jahren immer wieder wichtige rechtshistorische Institutionen vergleichend untersucht hat, beschäftigte sich 1992 mit dem Thema „*L'assistance dans la résolution des conflits*“ und hat dabei die zahlreichen Typen und Arten von Rechtsbeiständen des einheimischen (Eidhelfer, Fürsprecher) und des gelehrten Rechts (Advokaten, Prokuratoren) einander gegenüber gestellt³⁶. Das buntscheckige Bild lässt bei vielen regionalen Unterschieden eine gewisse Professionalisierung im Spätmittelalter erkennen, während die Parteien zuvor ihre Helfer aus dem Kreis der anwesenden Gerichtsgemeinde wählen mussten. Im alten wie im neuen System waren Prozessparteien in der Fremde stets in einer ungünstigen Lage; man kann vielleicht von Auswärtsspielen sprechen, bei dem nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Schiedsrichter aus dem Lager der Heimmannschaft kamen.

Die Hansekaufleute versuchten in den Privilegien, diese Gefahr zu beseitigen, indem sie auf paritätische Besetzung der Foren drangen. Das konnte sowohl Eidhelfer und Zeugen als auch die Schöffenbänke und Gerichte selbst betreffen.

Originell ist die Regelung in den russischen Privilegien, wo die fremde und die einheimische Partei je einen „Zeugen“ benennen sollen. Stimmen die beiden in ihrer Beurteilung überein, soll man ihnen trauen. Divergieren sie, so entscheidet das Los. Der Sieger „*is recht an sineme tuge*“ (Nr. 11, ähnlich bereits Nr. 3, wo die Anwendung noch beschränkt wird auf Streitigkeiten ohne Blutvergießen) und darf sein Recht beschwören. Laut der *Carta Mercatorum* Edwards I. von 1303 (Nr. 14

³⁶ Die Beiträge wurden in vier dicken Tagungsbänden publiziert: *L'assistance dans la résolution des conflits* (Brüssel 1996–1998).

Art. 6) werden „Untersuchungskommissionen“ („*inquisicio[nes]*“) in Streitfällen zwischen Kaufleuten und Dritten, gleich ob sie Auswärtige oder Einheimische sind, je zur Hälfte mit Engländern und mit Landsleuten des auswärtigen Kaufmanns besetzt. Es wird auch für den Fall vorgesorgt, dass nicht genug Auswärtige zur Verfügung stehen. Dann darf nämlich die auswärtige Partei die offenen Plätze mit Einheimischen auffüllen, die ihr geeignet erscheinen. In beiden Fällen, in Russland wie in England, ist die Rechtsnatur der paritätisch besetzten Gremien nicht klar erkennbar. Im russischen Beispiel wirken die beiden von den Gegnern benannten „Zeugen“ fast wie Schiedsrichter; im englischen Fall handelt es sich bei der *Inquisitio* nicht um ein Gericht, sondern eher um eine Konfliktlösungsinstanz eigener Art.

Es gibt einige Besonderheiten. So wird in Nowgorod anscheinend ein gemeinsam besetztes Gericht im Johannishof für Streitigkeiten zwischen Deutschen und Nogardern, wie die Nowgoroder Einwohner auf Niederdeutsch heißen, eingerichtet (Nr. 10). Dort jedenfalls soll der Zwist „vor dem Burggraf, dem Herzog und vor den Kaufleuten“ enden. Andere Nachrichten über dieses Kollegium enthält das Privileg nicht. In Schonen können die Hansen sogar aus dem Auswärts-ein Heimspiel machen und durchsetzen, dass wegen einer Schuld von königlichen Amtsträgern beklagte Lübecker bei einem Reinigungseid alle Eidhelfer aus dem Kreis ihrer Mitbürger auswählen dürfen (Nr. 4). In Norwegen schließlich wird in einer schwer verständlichen Passage von einem Auswärtigen gehandelt, gegen den „*legitime nequeat conprobari*“, dessen Schuld (es ist nicht sicher, ob das zivil- oder strafrechtlich gemeint ist) also auf gesetzlichem Weg nicht bewiesen werden konnte. Man sollte meinen, damit wäre die Angelegenheit erledigt, doch der Betroffene musste sich jetzt erst noch mit einem Eid reinigen. Das Gericht konnte ihn also entweder verurteilen oder aber ein Beweisurteil fällen und dem Beklagten den Reinigungseid in die Hand geben. Dazu sollte er einerseits Personen ähnlichen Standes und gleicher Herkunft wählen, was an das alte Prinzip erinnert, dass man nur von den eigenen Standesgenossen beurteilt und gerichtet werden darf. Andererseits sollen die Eidhelfer Personen sein, welche die Wahrheit über die verhandelte Sache erkennen können, was an Wahrheitszeugen modernen Typs, wie sie durch den kanonischen Zivilprozess seit dem 12./13. Jh. eingeführt wurden, erinnert. Das Privileg aus dem Jahre 1294 scheint auf der Schwelle zwischen dem älteren und dem neuen Prinzip zu stehen (Nr. 13). Ebenfalls aus Norwegen stammt die Bestimmung, dass Meineidige und andere Personen mit schlechtem Leumund nicht als Zeugen gegen deutsche Kaufleute auftreten dürfen – eine Bestimmung, die wohl nur bestätigenden Charakter hatte, denn diese Personen-gruppe war auch sonst von der Funktion als Eidhelfer ausgeschlossen (Nr. 12 u. 13).

Die Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs (Nr. 6, oben 1.1) gehört ebenfalls in diesen beweisrechtlichen Zusammenhang. In Flandern sollte die Überführung nur durch Schöffenspruch oder durch einen von den Schöffen gebilligten Spruch möglich sein; und für die Schwebezeit, wenn die Schuld noch nicht durch die Schöffen anerkannt war, wurde der Reinigungseid zugelassen.

Insgesamt ist das Thema Beweisrecht besonders ergiebig; hier sah man offensichtlich ein besonders großes Regelungsbedürfnis. Die Bekämpfung irrationaler Beweismittel und die Sorge um mindestens paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien gehörten zu den Kernstücken der kaufmännischen Wünsche an ihre Handelspartner.

Verfahren, Verfahrensdauer

In Flandern sollten „*Causa[e] mercatorum*“ innerhalb von 3 oder höchstens 8 Tagen entschieden werden (Nr. 6, oben 1.5), in England sogar von einem Tag auf den anderen (Nr. 14, Art. 5 u. 8). Beide Bestimmungen sind oben vorgestellt worden. In beiden Fällen haben die Aussteller der Privilegien auch für den Fall vorgesorgt, dass das nicht zu schaffen war. In Flandern hatten die Schöffen zu schwören, dass die Zeit zu knapp war, und sich ansonsten um möglichst schnelle Erledigung zu bemühen, in England konnte sogar eine eigene neue Instanz, der *Iusticiarius*, angerufen werden. In England war das Versprechen, Handelssachen rasch zu erledigen, keine Besonderheit dieses Privilegs. Vielmehr gab es dort in Markt- und Messeorten *Piepowder*- (in Schottland auch: *Dustifoot*-) *courts*, die Marktstreitigkeiten ausweislich der Wortbedeutung so schnell zur Verhandlung annahmen, dass den Beteiligten keine Zeit blieb, auch nur den Staub von den Füßen zu klopfen.

Auch dort, wo nicht ganz so ehrgeizig Termine versprochen (und nicht immer eingehalten) wurden, spielte das Tempo der Entscheidung eine wichtige Rolle. In Frankreich wurden die bereits vorgestellten Konservatoren (Nr. 19 Art. 9, oben ‚Zuständigkeit‘; spezielle Handelsgerichtsbarkeit; autonome interne Gerichte) in den Hafenstädten angewiesen, zügig und „*absque strepitu et figura iudicii*“ Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: Schnell sollte es also gehen, und Lärm und juristische Spitzfindigkeiten waren zu vermeiden.

Wem selbst dieses Hochgeschwindigkeitsverfahren zu lange dauerte, durfte ausweislich des flandrischen Privilegs (Nr. 6, oben 1.5) schon davonsegen und sich im Prozess vertreten lassen, nachdem er Bürgen gestellt hatte.

Die wichtigsten nicht prozessrechtlichen Anliegen der Privilegien

Um die bisher ausschließlich untersuchten Forderungen der Kaufleute an Gerichtsverfahren in ihren Kontext zu setzen, seien kurz noch die wichtigsten anderen Anliegen der Privilegienempfänger aufgezählt, wobei die Wichtigkeit an der Häufigkeit der Regelungen gemessen wird. Die meisten Privilegien hatten auch aktuelle Bezüge, nämlich konkrete Streitpunkte, die bei Gelegenheit der Erteilung ausgeräumt wurden. Sie bleiben hier außer Betracht.

Mehr als die Hälfte der Privilegien sorgte dafür, dass der Nachlass eines in der Fremde verstorbenen Kaufmanns nicht dem örtlichen Machthaber fiel, wie es einer vielerorts geübten alten Rechtsgewohnheit entsprach. Vielmehr ließ man sich versprechen, dass die Güter aufbewahrt und den Erben ausgehändigt würden.

Ein großes anderes, u.a. in Norwegen (Nr. 12) sehr ausführlich behandeltes Thema ist der Eigentumsverlust durch Schiffbruch, den die Hansen vermeiden wollten. Er drohte entweder schon, wenn die Waren ins Wasser fielen, oder aber, wenn sie an den Strand gespült wurden; der erstere Fall lag den Kaufleuten besonders am Herzen.

Die Befreiung von der Kollektivhaft für alle zufällig gleichzeitig am Handelsziel anwesenden Mitbürger gehörte ebenfalls zum Grundbestand der Forderungen, wenn Privilegien ausgehandelt wurden. Schwierig war aber die Abgrenzung von denjenigen, die möglicherweise auch nach engerem Verständnis solidarisch zu haften hatten: Prinzipale, Handelsgesellschafter, Ehegatten. In den russischen Privilegien (Nr. 11) heißt es ausdrücklich, die Frau hafte nur mit, wenn sie sich persönlich verpflichtet hätte; andererseits wird dort nur gesagt, dass die Winterfahrer und die Sommerfahrer – in Nowgorod waren diese beiden jährlichen Wellen von Händlern klar getrennt, denn die Stadt war nur erreichbar, wenn der ganze Weg zugefroren oder aber der Seeweg komplett eisfrei war – nicht füreinander haften. Das lässt denken, dass diese beiden Gruppen für die Mitglieder der gleichen Fahrgemeinschaft (also z.B. Winterfahrer für andere Winterfahrer) sehr wohl noch hafteten, also als Genossen behandelt wurden.

Schließlich wird öfters, z.T. ausführlich, die Einrichtung der Waage und die Verfügungsmacht der Kaufleute darüber verhandelt, manche Privilegien, vor allem aus Russland und Flandern, aber auch Heinrich der Löwe für den Handel zwischen Sachsen und Gotland (Nr. 2), postulieren Gegenseitigkeit für den Handel ins Reich, vereinzelt wird der gutgläubige Erwerb geregelt (Nr. 4), freies Geleit und Entschädigung im Fall von Überfällen bei der Anreise werden versprochen (Nr. 10), einmal schließlich, wiederum in Russland, wird vorrangige Befriedigung der deutschen Gläubiger im Falle eines von vielen Forderungen bedrückten Schuldners zugesagt (Nr. 11).

Schluss: Prozessrecht in Handelssachen als künftiges Forschungsthema

Idealtypisch gibt es zwei Arten von Gerichtsbarkeit, bei denen die kaufmännischen Angelegenheiten in guten Händen sind, nämlich entweder eine den Kaufleuten geneigte ordentliche Gerichtsbarkeit oder eine Spezialgerichtsbarkeit für Kaufleute, Messen und Märkte mit eigenen prozessualen Regeln. Für das letztere System steht das Modell England mit seiner komplizierten, verzweigten Gerichtsverfassung, das aber für seine Hafen- und Messeorte Spezialgerichte vorsah; im Spätmittelalter kam mit dem *Court of Admiralty* sogar ein eigenes überregionales Gericht für überseeische Sachen – und das heißt insbesondere: für Handelssachen – hinzu. Das erstere System wird von Flandern repräsentiert, das die kaufmännischen Streitigkeiten vor dem ordentlichen, dem Schöffengericht verhandelte und ebenfalls das Vertrauen der Kaufleute genoss.

Die flandrischen und englischen Privilegien der Hansekaufleute lassen keine Vorliebe für eines der beiden Systeme erkennen. Auf eine solche Grundsatzfrage der Gerichtsorganisation hätten sich die Gastgeber wohl auch nicht eingelassen. Die Gerichtsverfassung blieb ebenso wie das vor Gericht anzuwendende materielle Recht eine Prerogative der Könige, Grafen und Städte, in denen die Hansekaufleute zu Gast waren. In Norwegen galt eben norwegisches und in Flandern flandrisches Recht – und nicht etwa eine überpartikulare oder internationale *Lex Mercatoria*, die anzuerkennen die jeweiligen nationalen Gerichte weder Anlass noch Gelegenheit hatten. Vielmehr mussten sowohl im materiellen Recht als auch bei den prozessualen Regeln die kaufmännischen Vorstellungen in die Rechtsordnungen der gastgebenden Länder integriert werden, um ihre Wirksamkeit zugunsten der Kaufleute zu entfalten. Um zum Beispiel die Regel, dass durch den Tod in der Fremde und durch Verlust von Waren bei Schiffbruch Eigentumsrechte verloren gingen, zu beseitigen, musste das neue Prinzip in das flandrische oder norwegische Recht implantiert werden. Wären dies bereits Regeln einer in Kraft befindlichen und von den Gerichten anerkannten *Lex Mercatoria* gewesen, so hätte man sich die Mühe, die Bestimmungen in die Privilegien aufnehmen zu lassen, sparen können.

In beiden Systemen konnten die hansischen Vertreter ihre Interessen identifizieren und durchsetzen. Die Hansestädte schickten ihre diplomatischen Delegationen zur Aushandlung der Privilegien mit einem ziemlich konstanten, im Lauf der Zeit verfeinerten Bündel von konkreten Wünschen auf die Reise, und diese konkreten Wünsche ließen sich, solange die Verhandlungsposition der Hanse stark genug war, in jedem System weitgehend realisieren. Diese Wünsche – schneller Prozess, paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien, rationales Beweisrecht, keine Behinderung bei der Weiterfahrt, kein Eigentumsverlust durch die Gefahren der Reise – wurden, wie die Perspektive des Sachsenspiegels zeigte, von den nicht-kaufmännischen Bevölkerungsteilen als fremd empfunden; die Marktgerichte wurden mit auswärtigen Gerichten gleichgesetzt. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, sich vorzustellen, dass viele der von den Kaufleuten geforderten neuen Regeln die gewohnten, traditionellen Rechtsvorstellungen der übrigen Bevölkerung überforderten und ihnen zuwiderliefen. Nur in ausgesprochenen Kaufmannsrepubliken wie z.B. Lübeck selbst konnte es gelingen und auch überhaupt sinnvoll sein, handelsrechtliche Prinzipien zu Maximen des allgemeinen Stadtrechts zu machen.

Es hätte die Bevölkerungsmehrheit wohl auch kaum beeindruckt zu hören, dass – noch einmal modern gesprochen – die Bemühungen um eine in etwa gleichförmige Rechtslage in allen Ländern, in die man handelte, geeignet waren, die Transferkosten des hansischen Handels zu senken. Es lag gewiss ein Wettbewerbsvorteil darin, dass mit Hilfe der Privilegien im Westen, Osten und Norden erreicht werden konnte, dass das Strandrecht zumindest theoretisch abgeschafft war oder dass man vor Gericht nicht gefesselt und festgehalten wurde, wenn man Bürgen oder Sicherheiten stellte, um nur diese beiden Beispiele noch einmal zu wiederholen.

Nicht in allen Privilegien fand sich so viel Prozessrecht wie in den beiden flandrischen von 1252, die eingangs genauer betrachtet wurden; man kann dies vielleicht auf das namentlich genannte, juristisch geschulte Hamburger Delegationsmitglied Jordan von Boizenburg zurückführen. Aber auch in den anderen Ländern spielte das Prozessrecht eine, wenn nicht die wichtigste Rolle; die Forscher, die sich bisher mit der Auswertung der Privilegien beschäftigt haben, haben diesem Gebiet also zu Unrecht kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich alles in allem, bedenkt man den weiten räumlichen und zeitlichen Rahmen dieser Untersuchung, um eine kleine und recht konstante Anzahl von Regelungsmaterien. Dass die Texte der Privilegien länger werden, hat nur anfangs mit einer Zunahme der Themen zu tun, danach aber hingegen mit einer Ausdifferenzierung der Regeln, die sich allmählich fest etablieren, und auch mit einer gewissen Zunahme der am Ende fast schon barock wirkenden Vorbemerkungen und Begründungen (Nr. 19). Dem typisch hansischen, knappen und oft lakonischen Duktus entsprach das nicht mehr, doch es waren ja auch keine hansischen Bürger, sondern die großen Kronen Europas, die die Texte formuliert haben.

Ansätze zu einer Systematik gibt es nur vereinzelt, am ehesten in den Privilegien der Kronen von London und Paris (Nr. 14 und 19). Es geht um prozessuales und materielles Recht, um Straf- und Zivilrecht; letztere Gebiete sind, wenn es um „Schuld“ und „Bußen“ geht, nicht immer klar unterschieden. Im Norden und Osten waren die Hansen die einzigen oder zumindest die wichtigsten fremden Händler; im Westen hingegen trafen sie sich mit den Italienern, Spaniern und anderen Nationen. Dies hat aber in den Privilegien kaum Spuren hinterlassen. Nur in der *Carta Mercatorum* von 1303 (Nr. 14) werden eingangs die Herkunftsorte der in London aktiven Händler aufgeführt – eine Liste von eindrucksvoller Länge. Auch wenn der Fokus dieses Beitrags auf den hansischen Privilegien lag, lässt diese Quelle erkennen, dass die Interessen und Bedürfnisse der Kaufleute aus den anderen Ländern nicht grundsätzlich verschieden waren.

Konnte die Untersuchung etwas zu der Frage beitragen, ob es einen Zusammenhang zwischen der Qualität des Prozessrechts und der Attraktivität des Prozessierens anstelle von alternativen Konfliktlösungen gab? Die Antwort wird durch die ungleichgewichtige Quellenlage erschwert, denn die nicht-gerichtlichen Konfliktlösungsstrategien haben sehr viel weniger schriftliche Quellen produziert als die gerichtlichen. Vom Abbruch der Handelsbeziehungen etwa, der vermutlich schärfsten Waffe eines individuellen Kaufmanns in einer Auseinandersetzung, erfährt man allenfalls zufällig. Nur wenn die ganze hansische Gemeinschaft den Fehdehandschuh aufnahm und zu Maßnahmen wie Boykott, Stapelverlegung oder Handelskrieg griff, ist man darüber informiert. Ein Echo davon fand sich in den Privilegien nur in Brügge. 1309 verlieh die Stadt den hansischen Kaufleuten dafür, dass sie ihren Stapel wieder zurück von Aardenburg nach Brügge verlegten, besonders großzügige Privilegien (Nr. 15 u. 16).

Das wichtigste Argument ist und bleibt der schiere Umfang, den das Prozessrecht in den Privilegien einnimmt, und die jahrhundertlange Beharrlichkeit der Hanse bei der Bemühung um eine günstige prozessrechtliche Stellung für ihre

Mitglieder im Ausland. Diese Mühe hätte man sich nicht gemacht, wenn eine günstige Ausgestaltung der Gerichtsverfahren in der Fremde nicht von zentraler Bedeutung für den hansischen Außenhandel gewesen wäre.

Abstract

Between the 12th and 16th centuries the Hanseatic merchants obtained extremely important privileges from the rulers of the countries with whom they traded. These secured their commercial and legal status and the autonomy of their trading branch offices and staples (*Kontore*) in Flanders, England, Norway, Denmark and Russia. Within these privileges no other subject receives so extensive a treatment as court procedure. Here, the single most important concern of the Hanseatic merchants was their position in front of alien courts. The article analyses the great attention given to court procedure in the 19 main Hanseatic privileges: What did the merchants require? Which procedural rules were necessary to encourage them to submit their disputes to alien public court instead of taking the matter into their own hands and turning to extra-judicial methods to resolve matters, e.g. cancellation of business relations, boycotts or even trade wars? This analysis suggests that the two most important concerns reflected in the procedural rules were to avoid delay to the next trading trip and to ensure a rational law of evidence. The former was addressed by pressing for short-term scheduling and swift judgment and by the dispensation from appearing before the court in person. The latter included avoidance of duels and other ordeals and the attempt to obtain parity by appointing half of the jurors from Hanseatic cities.

Résumé

Du 12^e au 16^e siècle les marchands de la Hanse allemande utilisèrent une bonne part de leur influence pour se faire concéder des privilèges commerciaux importants. Ainsi ils consolidèrent leurs positions économiques et juridiques à l'étranger ainsi que l'autonomie de leurs comptoirs en Flandres, en Angleterre, en Norvège, au Danemark et en Russie. Dans ces privilèges aucun sujet n'est réglé de manière aussi détaillée que la procédure judiciaire. Leur position devant les tribunaux à l'étranger était donc d'importance primordiale pour les marchands hanséatiques. Cet article s'appuie sur l'attention portée au droit procédural et construit à partir des 19 privilèges les plus importantes un profil type de procédure judiciaire: Qu'est-ce qui était nécessaire pour qu'un marchand fasse confiance à la «justice publique» étrangère et qui l'empêche de prendre des mesures extra-judiciaires comme l'abandon des liens commerciaux, le boycott ou bien de commencer une guerre commerciale afin d'arriver à son but ? Deux préoccupations primordiales dominent. D'abord que tout retard du départ du prochain voyage soit évité. Pour cela on exigeait des jugements rapides et la permission d'être représenté auprès du

tribunal. Ensuite les privilèges avaient pour but d'assurer un droit de preuve rationnel et simple. Il s'agissait d'éviter les duels et autres jugements de Dieu. Au lieu de cela on tâchait de laisser une grande place au simple serment du défendeur, et si possible on essayait d'obtenir une occupation paritaire des tribunaux (i.e. à moitié par des juges hanséatiques).